

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

18. WP - 85. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. März 2017, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Peter Eichstädt (SDP)

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Katja Rathje-Hoffmann

**Weitere Abgeordnete**

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen und umsetzen</b>	5
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/4587</a>	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes</b>	8
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/4814</a> (neu)	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland</b>	9
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/5190</a>	
<b>4. Kinderehen passen nicht zu unseren Werten - Schutzfunktion des Staates stärken</b>	10
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/4511</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/4664</a> (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/4665</a>	
<b>5. Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher auch in Schleswig-Holstein ermöglichen</b>	11
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/5155</a>	
<b>Ausbildung von sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten und Erzieherinnen und Erzieher in Schleswig-Holstein</b>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/5233</a> - selbstständig -	

- 
- 6. Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche absichern** 12
- Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/4324](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/7547](#)
- 7. Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein** 13
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/4685](#)
- 8. Wirksamkeit ambulanter Hilfen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen** 14
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2025](#)
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/7546](#)
- 9. Psychiatriebericht 2016** 15
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/4921](#)
- 10. Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern** 16
- [Drucksache 18/1049](#)  
Antrag der Fraktion der PIRATEN
- 11. Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein - Derzeitige Situation und Zukunftsperspektiven** 17
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/3338](#)
- Berichts Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/7545](#)
- 12. Verschiedenes** 20

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Antrag der Fraktion der FDP, **Für eine integrative Pflegeausbildung**, [Drucksache 18/4216](#), gegen die Stimme der Vertreterin der FDP von der Tagesordnung abgesetzt. Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen und umsetzen**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4587](#)

(überwiesen am 23. September 2016 zur abschließenden Beratung)

hier: Gespräch mit *Sven Staack*, Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V./Selbsthilfe Demenz

Herr Staack von der Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V./Selbsthilfe Demenz, gibt einen Überblick über den Bericht der Landesregierung. Er führt aus, es habe sich bei der Erstellung um einen komplexen Prozess gehandelt, der mit sehr vielen Menschen gemeinsam in einem partizipatorischen Ansatz entwickelt worden sei. Es seien drei Arbeitsgruppen gebildet worden, und zwar zu den Themen erstens gesellschaftliche Verantwortung, zweitens Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren Familien und drittens Gestaltung des Unterstützungs- und Versorgungssystems. Insgesamt seien 79 Empfehlungen erarbeitet worden, wobei viele bereits umgesetzt worden sein oder sich in der Umsetzung befänden.

Im Folgenden gibt er einen kurzen Überblick über die Empfehlungen der einzelnen Arbeitsgruppen.

Abg. Meyer bedankt sich für den Bericht. Er hält es insbesondere für sinnvoll und erforderlich, das Thema demente Menschen in Krankenhäusern anzugehen. Insgesamt hält er die Handlungsempfehlungen für die Politik für ausgesprochen wichtig. Außerdem befürwortet er den hier gewählten Weg.

Auf einen weiteren Hinweis des Abg. Meyer, dass es sinnvoll sei, manchmal über den Teller- rand und über Landesgrenzen hinwegzuschauen, versichert Herr Staack, der Vorschlag hinsichtlich der Demenzkoordinatoren sei aus Dänemark übernommen worden.

Abg. Pauls bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Sie meint, er fasse eindrucksvoll das zusammen, was in den Köpfen vieler Menschen noch nicht angekommen sei. Sie hält den Bericht für eine gute Grundlage, um in der Gesellschaft Werbung dafür zu machen, wie mit dem Thema Demenz in der Gesellschaft umgegangen werden könne. Es sei erforderlich, von klein auf zu lernen, mit Menschen mit Demenz umzugehen. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen sollten eine politischer Handlungsaufgabe darstellen.

Abg. Dr. Tietze schließt sich dem Dank an. Sodann erkundigt er sich danach, wie Herr Staack zu dem Thema Früherkennung von Demenz stehe und nach möglichen regionalen Strategien auch zur fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. - Herr Staack geht zunächst auf die zweite Frage ein und legt dar, dass der Hausärzteverband Interesse an einer Vernetzung signalisiert habe. Es sei allerdings schwierig, im Bereich der Ärzteschaft derartige Netzwerke aufzubauen. Im Übrigen - so auf die erste Frage - gebe es keine Prävention gegen Demenz. Alles, was gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen gut sei, sei auch gegen Demenz gut. Hier befinde man sich noch in der Grundlagenforschung. Erkennbar sei derzeit lediglich eine Form der Demenz, die erblich bedingt sei. Hier sei zu fragen, wie derartige Menschen begleitet werden könnten. Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden, ob es besser sei, zu wissen oder nicht zu wissen, ob man an Demenz erkrankt, meint Herr Staack, dies sei eine ethische Frage und bleibe jedem selbst überlassen. Eine Früherkennung sei nur bei der genetischen Variante der Demenz erkennbar. Auch dann sei nicht sicher, ob die Krankheit zum Ausbruch komme.

Abg. Jasper schließt sich ebenfalls dem Dank für die Arbeit und die Erstellung des Berichts an. Er erkundigt sich nach möglichen Schwierigkeiten hinsichtlich derjenigen Maßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befänden oder noch nicht umgesetzt seien. Herr Staack führt aus, dass zum einen während der Arbeit an dem Bericht neue Themenfelder aufgekommen seien, die bisher noch nicht bearbeitet würden. Zum anderen liege es teilweise auch an der beschränkten Manpower des Demenzzentrums, dass einige Themen noch nicht bearbeitet würden.

Herr Staack weist ferner zum Abschluss darauf hin, dass Schleswig-Holstein auf Bundesebene eine Vorreiterrolle innehave. Darauf könnten alle, auch die Politik, stolz sein.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei Herrn Staack und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4814](#) (neu)

(überwiesen am 16. November 2016)

hierzu: [Umdrucke 18/7037, 18/7085, 18/7128, 18/7208, 18/7209, 18/7210, 18/7213, 18/7214, 18/7219, 18/7220, 18/7226, 18/7247, 18/7272](#)

Abg. Baasch legt dar, die Koalition habe sich ausführlich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Auf diesem Gebiet sei vieles zu tun; auf keinen Fall sollte die Gewährung des Kita-Geldes aufgehoben werden. Die Stellungnahmen hätten vielmehr deutlich gemacht, dass die Betreuung von Kindern notwendig sei. Von allen Angehörten werde die angestrebte Gebührenfreiheit als perspektivisches Ziel genannt. Das halte er für richtig. Vor diesem Hintergrund lehne er den Gesetzentwurf ab.

Abg. Klahn führt aus, anzuerkennen sei, dass die Kommunen erhebliche Kostensteigerungen hätten. Sie könne den Wunsch nachvollziehen, diese zu entlasten. Die vorgeschlagene Maßnahme sei für sie allerdings halbherzig. Deshalb werde sie den Antrag ablehnen.

Abg. Franzen macht deutlich, dass der Fokus des Gesetzentwurfs darauf ziele, insbesondere die Qualität in den Kindertagesstätten aufrecht zu erhalten, zu verbessern und dadurch die Eltern zu entlasten. Teilweise hätten die Kommunen die Zahlung des Kita-Geldes in der Weise ausgenutzt, als Beiträge angehoben worden seien. Das sei aus der Sicht ihrer Fraktion ein falsches Signal. Deshalb bitte sie um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU, den Gesetzentwurf abzulehnen.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/5190](#)

(überwiesen am 24. Februar 2017)

Abg. Klahn legt dar, dass Schleswig-Holstein durch den gemeinsamen Prüfdienst nur wenige Stellen einspare, aber der Sitz nach Hamburg verlegt werde. Das sei schlecht verhandelt. Sie lehne den Staatsvertrag ab.

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, legt dar, zu dem Sitz des Prüfdienstes könne sie derzeit nichts sagen. Es sei aber durchaus so, dass Schleswig-Holstein durch das Konstrukt demnächst Planstellen einspare.

Abg. Klahn weist darauf hin, dass die KV höhere Kosten durch längere und weitere Anfahrtswege habe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der Vertreterin der FDP, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Kinderehen passen nicht zu unseren Werten - Schutzfunktion des Staates stärken**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4511](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4664](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/4665](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss beschlossen hat, dem Landtag zu empfehlen, die Anträge für erledigt zu erklären.

Abg. Klahn merkt an, dass in dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion Punkte enthalten seien, die in dem Gesetzentwurf auf Bundesebene noch nicht berücksichtigt seien.

Im Ergebnis schließt sich der Ausschuss einstimmig dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher auch in Schleswig-Holstein ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/5155](#)

**Ausbildung von sozialpädagogischen Assistenteninnen und Assistenten und Erzieherinnen und Erzieher in Schleswig-Holstein**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/5233](#) - selbstständig -

(überwiesen am 24. Februar 2017 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/5155](#), abzulehnen.

Er empfiehlt dem Landtag ferner mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/5233](#), anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche absichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4324](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7547](#)

(überwiesen am 23. September 2016)

hierzu: [Umdruck 18/7547](#)

Der Ausschuss nimmt den von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW vorgelegten Änderungsantrag, [Umdruck 18/7547](#), mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP an.

Dem Landtag empfiehlt der Ausschuss einstimmig, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4324](#), in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4685](#)

(überwiesen am 14. Oktober 2016 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 18/6816, 18/7379](#)

Der Sozialausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Bildungsausschusses an.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Wirksamkeit ambulanter Hilfen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2025](#)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7546](#)

(überwiesen am 11. Juli 2014 zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 18/3819, 18/3839, 18/3881, 18/3904, 18/3996, 18/3997, 18/3998, 18/4005, 18/4009, 18/4012, 18/4044, 18/4700, 18/7546](#)

Der Vorsitzende bringt den aus [Umdruck 18/7546](#) ersichtlichen Antrag ein und ändert ihn wie folgt: Der erste Absatz wird gestrichen. In dem neuen ersten Absatz wird in der ersten Zeile das Wort „Er“ durch die Wörter „Der Landtag“, In dem neuen zweiten Absatz werden die Wörter „Der Sozialausschuss“ durch das Wort „Er“ ersetzt. - Er beantragt, den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis zu nehmen und dem Landtag eine Beschlussempfehlung im Rahmen der Selbstbefassung in der von ihm geänderten Fassung zuzuleiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2025](#), abschließend zur Kenntnis.

Sodann leitet er einstimmig dem Landtag die vom Vorsitzenden geänderte Beschlussempfehlung zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Psychiatriebericht 2016**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4921](#)

(überwiesen am 24. Februar 2017 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**

[Drucksache 18/1049](#)

Antrag der Fraktion der PIRATEN

(überwiesen am 22. August 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss schließt sich in jeweils gleichem Stimmverhältnis dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.



Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein - Derzeitige Situation und Zukunftsperspektiven**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3338](#)

Berichts Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der  
Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7545](#)

(überwiesen am 18. September 2015)

hierzu: [Umdrucke 18/5352, 18/5408, 18/5434, 18/5440, 18/5455, 18/5461, 18/5462, 18/5466, 18/5467, 18/5468, 18/5469, 18/5484, 18/5492, 18/5495 \(neu\), 18/5517, 18/5537, 18/5545, 18/5719, 18/7539, 18/7545](#)

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, gibt einen Überblick über das Gutachten der OptiMedis AG sowie die Maßnahmen, die von der Landesregierung ergriffen werden sollen. Sie nennt dabei insbesondere die Sicherung des Hebammenrufs mit Rufbereitschaft, den Ausbau von Boarding, den Ausbau der Kreissaalkapazitäten. In Nordfriesland sei eine Stelle, teilweise durch das Land finanziert, gewonnen worden, die Vernetzungsarbeit leiste und Ansprechpartner vor Ort sei. Eine vergleichbare Stelle würde das Land auch in Ostholstein befürworten und mitfinanzieren. Die Schulung der Rettungskräfte erfolge nunmehr auch mittels eines Geburtssimulators. Die Ausbildungskapazitäten für Hebammen würden erweitert. Sie nennt außerdem das neue Rettungsdienstgesetz, das den Baby-notarztwagen implementiert habe.

Weitere im Gutachten vorgeschlagene Maßnahmen sollten im Rahmen einer Förderrichtlinie mit den Betroffenen diskutiert werden. In diesem Zusammenhang benennt sie unter anderem Mutter-Hebammen-Arzt-Partnerschaftsmodelle und die Stärkung der vorgeburtlichen Vorsorge.

Nicht verfolgt werden solle der Vorschlag, eine Vernetzungsagentur Gesundheit aufzubauen. Die Landesregierung verfolge vielmehr das Ziel, dass die eingesetzten Mittel unmittelbar bei den Betroffenen und Schwangeren ankämen.

Abg. Klahn legt dar, das Thema Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein begleite den Sozialausschuss und den Landtag fast die gesamte Legislaturperiode. Tatsächlich würden immer mehr Geburtskliniken geschlossen, und die Landesregierung gebe nur Äußerungen von sich wie „es müsse geklärt werden“, „es müssten Gespräche geführt werden“, „es sei zu teuer“. Sie wünsche sich einen Ausblick, wie es mit den geburtshilflichen Kliniken weitergehen solle.

Ministerin Alheit widerspricht dem. Sie habe nicht den Eindruck, dass sie nur Sachen aufgezeigt habe, die sie nicht wolle oder die nicht gingen. Im Folgenden wiederholt sie die bereits aufgezählten Maßnahmen der Landesregierung. Sie betont die Wichtigkeit, in diesem Zusammenhang alle Akteure mitzunehmen. Die Situation vor Ort konkret zu besprechen und sich sagen zu lassen, was vor Ort benötigt werde, halte sie für ausgesprochen klug.

Sie weist ferner darauf hin, dass nicht das Land Kliniken geschlossen habe, man sich aber der Situation stellen müsse. In Eckernförde gebe es sogar die Situation, dass der Kreis versuche, von der Belegstation zu einer richtigen Station zu kommen. Dies sei nicht eine Entscheidung des Landes, sondern dabei handele es sich um Entscheidungen vor Ort.

Abg. Pauls bedankt sich für das Engagement der Ministerin und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie führt aus, ihr sei bekannt, dass sehr viel Geduld benötigt werde, um individuelle Lösungen vor Ort herbeizuführen. In dieser Legislaturperiode habe man sich intensiv mit der Thematik beschäftigt, aber auch gesagt, dass es keinen Masterplan gebe, der über das Land ausgebreitet werden könne. Vielmehr müssten individuelle Lösungen gefunden werden. Sie geht ferner davon aus, dass die Thematik das Land weiter beschäftigen werde.

Abg. Klahn führt aus, es gebe sicherlich unterschiedliche Auffassungen, mit welcher Intensität die Ministerin an dieser Thematik arbeite. Sie stelle fest, dass die Sorgen, die in Bezug auf Ostholstein geäußert worden seien, bestätigt worden seien. Hier hätte sie sich eine Ministerin gewünscht, die intensiv daran arbeite und auf das höre, was die Hebammen sagten. Man komme nicht voran. Immer wieder sei gesagt worden, dass darüber debattiert werden müsse, dass kleinere Häuser notwendig seien. Sie halte es für sinnvoll, Lösungen zu finden, wie eine flächendeckende Versorgung aufrechterhalten werden könne.

Abg. Dr. Tietze meint, bei allem Frust solle man die Kirche im Dorf lassen. Auch die FDP habe nicht Lösungen für alle Standorte. Die Ministerin habe in Nordfriesland großen Einsatz gezeigt. Das sei vor Ort auch wahrgenommen worden. Dies gelte auch für die Staatssekretärin. Derzeit werde versucht, mit Fake News in Nordfriesland Bürgerentscheide herbeizuführen.

ren, die alles zerstörten, was man geschaffen habe. Er finde es unmöglich, dass man um des Populismus Willen durch Bürgerentscheide den konstruktiven Prozess, den Nordfriesland dringend brauche, zerstöre.

Abg. Dr. Bohn hält die Situation vor Ort für nicht einfach. Die Ministerin habe deutlich gemacht, was alles von Landesebene durchgeführt worden sei. Sie habe den Eindruck, dass in Eckernförde versucht werde, zu einer konstruktiven Lösung zu kommen.

Abg. Pauls geht auf die Äußerungen der Abg. Klahn ein. Sie legt dar, Abg. Klahn habe den Eindruck erweckt, als sei die Schließung von Geburtsstationen und Geburtshäusern vor Ort eine Kostenfrage. Es sei aber vielmehr so, dass die Anzahl von 500 Geburten im Jahr von Fachgesellschaften festgelegt worden sei, um eine gewisse Sicherheit zu schaffen. Im Übrigen sei eine Geburt kein Notfall per se. Werde sie zu einem Notfall, sei es wichtig, dass vor Ort Qualität vorhanden sei. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen müsse die Sicherheit von Kind und Mutter stehen.

Abg. Baasch erinnert daran, dass alle, auch die Ministerin, sich sehr dafür eingesetzt hätten, die Situation der Hebammen zu verbessern. Im Folgenden weist er auf einige bereits von Ministerin Alheit genannten Maßnahmen hin.

Abg. Dudda erinnert an die Sitzung des Sozialausschusses, in der der Geschäftsführer der Sana Kliniken das neue Konzept vorgestellt habe. Dieses dabei deutlich gewordene Menschenbild, das große Kliniken hätten, dürfe nicht isoliert gesehen werden.

Ministerin Alheit geht auf eine Bemerkung der Abg. Klahn hinsichtlich der Schließung der Geburtsstation in Niebüll ein. Sie macht deutlich, dass eine Hebamme dort in Alterszeit gegangen, eine andere Hebamme abgeworben worden sei. Andere Hebammen seien aus persönlichen Gründen derzeit nicht bereit, ihren Beruf auszuüben. Sie könne sich daher nicht vorstellen, dass Abg. Klahn mit den Hebammen in Ostholstein direkt gesprochen habe. Die Landesregierung verfolge nach wie vor das Ziel, eine Rufbereitschaft für Schwangere herbeizuführen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende legt dar, bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache habe es in dieser Legislaturperiode immer so etwas wie einen gemeinsamen Konsens gegeben. Alle Mitglieder des Ausschusses seien überzeugte Sozialpolitiker und stritten gemeinsam darum, dass es den Menschen in Schleswig-Holstein möglichst gut gehe. Er wünsche denjenigen, die in der nächsten Legislaturperiode wieder dem Sozialausschuss angehörten, dass sie sich diesen nicht ausgesprochenen Konsens erhielten und weiter stritten, aber in den Grundzügen Einigung fänden.

Er bedankt sich abschließend für die gute Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode im Ausschuss, die Zuarbeit durch die Landesregierung sowie die Unterstützung der Landtagsverwaltung.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin